

Bastian, Till (2024): Friedenshoffnung auch in Kriegszeiten. Gedanken eines Weltbürgers.

Oder: Drei Widerreden gegen die wachsende Gewaltbereitschaft.

[Der erste Teil dieser Betrachtungen stammt aus dem Jahr 2022, der zweite Teil aus dem Jahr 2023. Beide Texte wurden Anfang 2024 überarbeitet und durch einen dritten Teil ergänzt.]

Erster Teil

[Zunächst verfasst zum Hiroshima-Tag am 6. August 2022, ergänzt und überarbeitet im März 2023 und im Januar 2024.]

1.

Wenn nachdenkliche Mitmenschen darüber nachsinnen wollen, ob aus schlimmen Geschehnissen „historische Lehren“ für die Zukunft abgeleitet werden könnten, dann ist dabei – so finde jedenfalls ich! – jegliche Eile fehl am Platz; weit eher wären hier Geduld, Nachdenklichkeit und Demut dringlich anzuraten. Dies gilt besonders dann, wenn – wie so oft! – für diese vermeintlichen oder wirklichen „Lehren“ Tausende von Menschen, und zwar allermeist Unschuldige, mit ihrem Leben büßen müssen...

Vielleicht wäre es sinnvoll, sich zunächst der Fülle offener Fragen zu widmen:

„Wann der Krieg beginnt, kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg“, so fragte sich Christa Wolf (1929–2011) in ihrem 1983 erschienenen Roman „Kassandra“: „Falls es Regeln gäbe, müßte man sie weitersagen... Da stünde, unter anderen Sätzen: Laßt euch nicht von den Eignen täuschen.“

Gerade jetzt, im ersten Quartal 2022, erscheint diese Warnung höchst angebracht. Denn welch schrecklicher, misstönender Chor war bereits in jenem „Vorkrieg“ ringsum wochenlang zu vernehmen! Ein solcher kriegerische Gesang wurde ja schon vor Putins Überfall auf die Ukraine von vielen angestimmt:

„Deutschlands Zaudern macht den Krieg wahrscheinlicher“, so meinte Ralf Neukirch Ende Januar (Spiegel-online, 28.1.). Weil die deutsche Regierung keine Waffen an die Ukraine liefere, „unterminiert sie“, so Neukirch, „das Abschreckungspotential des Westens“... Solche Thesen hörte man allenthalben! „Gute Absichten beeindrucken weder Gegner noch Verbündete“, behauptete Ulrike Franke (Zeit-online, 17.1.);

„Zugeständnisse erhöhen die Kriegsgefahr nur, statt die Lage zu beruhigen“ behauptete wenig später Christian Neef (Spiegel-online, 19.1.)... Eine Frage bleibt allerdings offen: Warum und wieso sind sich

diese Menschen ihrer Sache (oder besser gesagt: ihrer Ansicht) derart sicher?

Und auch nach fast sechs Monaten Krieg (also im August 2022) stand es um die öffentliche (oder veröffentlichte) Meinung keinesfalls besser – die Tonlage wurde immer forscher, Besinnlichkeit war offenbar nicht gefragt:

100 zusätzliche Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr sind bereits beschlossen, obschon der deutsche Militäretat schon zuvor der siebthöchste der Welt gewesen ist – aber woher sollte das Geld denn nun kommen, und wäre den notleidenden Menschen in der Ukraine mit solchen enormen Summen auf anderem Wege nicht weit besser geholfen? Von einer Wiedereinführung der Wehrpflicht war immer wieder die Rede, zudem konnten wir in der Zeitung lesen, die Bunker aus der Zeit des Kalten Krieges sollten renoviert werden und der „Zivilschutz“ dürfe nicht mehr vernachlässigt werden. „Wir müssen wieder aufrüsten, uns verteidigen, abschrecken“ – so behauptete überaus dreist die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl von der SPD (!!), in einem Interview (Schwäbische Zeitung, 11.4.2022). Kein Wunder, dass der SPD-Politiker und frühere Grüne, Otto Schily, sich in einem Interview kurz vor seinem 90. Geburtstag am 20. Juli 2020 beklagte: „In Deutschland hat sich ein Bellizismus ausgebreitet, der riskant ist“ (SZ-online, 19.7.2022). Der Mann hat Recht – leider..

Denn in der Tat: Pazifismus, als ein Irrweg der Geschichte betrachtet, gilt vielerorts als tot und begraben: „Die Zeit des deutschen Pazifismus wird enden müssen. Sonst teilen die Rüpel dieser Erde die Welt unter sich auf“ (Stefan Kegel, Schwäbische Zeitung, 21.2.2022). Rund ein Vierteljahr später fasste ein anderer Kolumnist derselben Zeitung den vermeintlichen Mehrheits-Standpunkt nach der „Zeitenwende“ so zusammen, dass „es in der Sache darum geht, der Gesellschaft höhere Ausgaben für das Militär und viel mehr militärisches Denken in der Außenpolitik zuzumuten (André Bochow, ebenda, 27. 5. 2022).

So weit, so schlecht. Angesichts dieser widerwärtigen Renaissance von Militarismus und Rüstungswahn möchte ich gerne in den Schlusschor von Beethovens 9. Symphonie einstimmen:

„O Freunde, nicht diese Töne“ – lasst uns also andere, nachdenklichere anstimmen... und zudem wäre es wohl nicht schlecht, zu beherzigen, was eben jener Weltbürger Beethoven auf der Partitur seiner „Missa solemnis“ notiert hatte: „Bitte für inneren und äußeren Frieden“.

Jedenfalls kam mir schon vor dem Beginn des Ukraine-Krieges (und danach erst recht!) immer wieder das Jahr 1914 in den Sinn, vor allem der von der ersten Friedensnobelpreisträgerin so überaus treffend beschriebene „Wechselgesang der Großmächte“:

„Meine Rüstung ist die defensive,
Deine Rüstung ist die offensive,
Ich muss rüsten, weil du rüstest,
Weil du rüstest, rüste ich,
Also rüsten wir,
Rüsten wir nur immer zu...“

Bertha von Suttner (1843–1914): „Die Waffen nieder“ (Erstveröffentlichung Dresden 1889 – soeben in einer kommentierten Neuausgabe wieder erschienen: Berlin 2023 – die zitierte Passage findet sich auf S. 298f.) *)

Denn wenn es *ein* Faktum gibt, das durch den schrecklichen Ukraine-Krieg klar und deutlich bezeugt wird, dann doch wohl dieses: Aufrüstung hat den Ersten und den Zweiten Weltkrieg nicht verhindert – und Dutzende von Kriegen nach 1945 auch nicht!

Es ist dies offenbar ein historisches Kontinuitätsmoment: So hat ja rund zweitausend Jahre vor den beiden „Weltkriegen“ die viel gerühmte Kampfbereitschaft der römischen Legionen Hannibals Zug über die Alpen und seinen Einfall in Italien *nicht* verhindert – und die so überaus blutige Menschheitsgeschichte ist voll von ähnlichen Beispielen (auf dieses Thema kommt dann auch der dritte Teil dieses Textes zurück!).

Dies gilt auch für das ein Überleben der Menschheit grundsätzlich gefährdende Atomzeitalter. Aufrüstung macht den Weltfrieden *eben nicht* sicherer – und eine Aufrüstung mit Atomwaffen erst recht nicht! Aber der Krieg, wenn er denn wirklich nicht zu verhindern ist, wird durch diese Massenvernichtungswaffen um ein Vielfaches gefährlicher!

*) Den Gegenpol zu Suttners Erörterungen – und leider wirkmächtiger als diese – waren jene Gedanken, die der 22jährige Student Georg Heym am 6. Juli 1910 in seinem Tagebuch notierte: „Geschähe doch einmal etwas“, „Würden wieder einmal Barrikaden gebaut. Ich wäre der erste, der sich darauf stellte, ich wollte noch mit der Kugel im Herzen den Rausch der Begeisterung spüren. Oder sei es auch nur, daß man einen Krieg begänne, er kann ungerecht sein. Dieser Friede ist so faulig ölig und schmierig wie eine Leimpolitur auf alten Möbeln.“

Den weltweiten Massenmord, der vier Jahre später tatsächlich begann, hat Heym (wie Suttner) allerdings nicht mehr erleben müssen – er ist am 16. Januar 1912 beim Schlittschuhlauf in der Havel ertrunken...

Lese ich heute die kriegsverherrlichenden Tiraden grüner Bellizisten (etwa von Anton Hofreiter oder Ralf Fücks) so kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Politiker Georg Heym näher stehen als Bertha von Suttner...

Sehr gut zusammengefasst wurde dies in einem gemeinsamen Appell der beiden Friedensnobelpreisträger Beatrice Fihn und Dmitri Muratov:

„Solange es Atomwaffen gibt, besteht auch die Gefahr ihres Einsatzes. Die Welt kann nicht länger den Atem anhalten und sich auf die Vernunft einer Handvoll Staatsoberhäupter verlassen, die die Macht haben, uns alle zu vernichten. Wir müssen diese Massenvernichtungswaffen abschaffen.“

(Beatrice Fihn & Dmitri Muratov: Schafft die Atomwaffen ab! Süddeutsche Zeitung, 4.3.22)

In der Tat: Wie der Kardiologe Bernard Lown (1921–2021), der die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW, Friedensnobelpreis 1985) etliche Jahre zuvor mitbegründet hatte, immer wieder betont hat, ist die dringlichste Frage der Gegenwart wohl diese: „The arms race – or the human race...“

Eben deshalb ist diese Abschaffung der atomaren Massenvernichtungswaffen ja auch das Ziel des im Januar 2021 völkerrechtlich in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrags!

Wer indes meint, infolge einer politischen „Zeitenwende“ müsse Krieg wieder Mittel der Politik sein und deshalb auch vorbereitet werden, tritt damit – auch, wenn es nicht bewusst geschieht – in die Fußstapfen des Machtpolitikers Putin. Er ist es ja gewesen, der diesem Glauben zu neuem Leben verholfen hat!

So feiert die Ideologie vom Krieg als einem legitimen Mittel der Politik erschreckende Renaissance: „Si vis pacem, para bellum“ – wer Frieden will, muss sich für den Krieg rüsten, heißt es allenthalben...

Freilich darf bei alledem nicht vergessen werden, dass der „freie Westen“ mit seinem Militärbündnis NATO – ungeachtet der eindeutigen Kriegsschuld des Putin-Regimes bei der Invasion in die Ukraine – vor 2022 erheblich zur Verschärfung der Lage beigetragen hat: Die ständige Ausdehnung der NATO auf dem einstigen Territorium der 1991 zerfallenen Sowjetunion, die Stationierung von Truppen immer näher an der russischen Grenze – das alles hat die dort grassierende Paranoia ohne Notwendigkeit verstärkt *).

*) So schrieb das ganz gewiss nicht Putin-freundliche „Wall Street – Journal“ noch am 1. April 2022: „Der Ukraine-Krieg hätte bis zur letzten Minute vermieden werden können. Ausschlaggebend für die russische Entscheidung zum Angriff war die Weigerung Wolodimir Selenskis, auf die Option eines NATO-Beitritts der Ukraine zu verzichten. Selenskij hatte dies fünf Tage vor Kriegsbeginn gegenüber Bundeskanzler Olaf Scholz auf einen entsprechenden Vorschlag von dessen Seite hin erklärt. Danach sagte der russische Präsident Wladimir Putin ein im Prinzip schon vereinbartes Gipfeltreffen mit US-Präsident Joseph Biden kurzfristig wieder ab und erkannte am selben Tag die »Volksrepubliken« im Donbass diplomatisch an.“

Die New Yorker Zeitschrift benannte damit sehr zu Recht eben jene westlichen Provokation, die rund einen Monat später auch der römisch-katholische Papst Francesco angeprangert hat, als er in einem am 3. Mai veröffentlichten Interview mit dem „Corriere della Sera“ sagte, das „Bellen der Nato vor den Toren Russlands“ habe möglicherweise den Angriff Russlands auf die Ukraine mitverursacht.

Ganz ähnlich auch die Einschätzung von Brasiliens neugewähltem Präsidenten Lula, der Bundeskanzler Scholz bei dessen Südamerika-Reise Ende Januar 2023 mitteilte, er verurteile zwar den russischen Angriff auf die Ukraine, gebe dieser aber auch eine Mitschuld an der fatalen Entwicklung, weil sie so vehement auf die Aufnahme in die NATO gedrängt habe (Schwäbische Zeitung, 1.2.2023). Sollten all diese kritischen Stimmen wirklich rundweg ignoriert werden?

Sehr gut und umfassend zu diesem Thema:

Mary Elise Sarotte: Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Ost-Erweiterung, München (C.H. Beck) 2023.

Es verhält sich wohl just so, wie es der überzeugte Pazifist und Nobelpreisträger Bertrand Russell (1872–1970) im Jahr 1935 über Hitlerdeutschland geschrieben hat: „Diejenigen, die eine Nation vorsätzlich demütigen, haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn daraus eine Nation von Irren wird...“

Was bleibt, ist die bange Frage, welche Alternativen es zu diesem *circulus vitiosus*, zu diesem Teufelskreis von Tod und Vernichtung, gibt...

2.

In bewegten Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen allenthalben von Aufrüstung und Abschreckung die Rede ist und es vielerorts heißt, Krieg sei eben doch ein legitimes Mittel der Politik, mag ein Rückblick in die mit Gewalt und Krieg leider überreichlich angefüllte Menschheitsgeschichte durchaus lohnen. Denn es gibt auch eine andere Tradition als die der beständigen Militarisierung, und es mag hilfreich sein, sich gerade jetzt der von ihr vertretenen Positionen zu versichern!

Genau fünfhundert Jahre vor der Niederschrift dieser Zeilen, im Sommer 1522, wurde dem damals weltberühmten, in Basel wohnhaften Humanisten Erasmus von Rotterdam (1467–1536) das Bürgerrecht der Stadt Zürich angeboten. In einem Brief vom September 1522 lehnte Erasmus dies dankend ab – unter anderem mit dem bemerkenswerten Satz: „Ich wünsche, ein Bürger der Welt zu sein (im lateinischen Original: „mundi civis esse cupio“)...”

Fünf Jahre zuvor, im Herbst 1517, hatte Erasmus seine Schrift „Klage es Friedens“ (Querela pacis) veröffentlicht. Ihr Leitmotiv ist der Satz: „Kaum kann je ein Friede so ungerecht sein, dass er nicht besser wäre als selbst der gerechteste Krieg.“

Heute, ein halbes Jahrtausend später und in einer Zeit, in der Krieg allenthalben, den schrecklichen Erfahrungen im 20. Jahrhundert zum Trotz, wieder als Mittel der Politik akzeptiert wird (siehe oben!), und in der sogar ein neues atomares Wettrüsten droht, ist es höchste Zeit, diesen eindringlichen Mahnruf des Erasmus zu erneuern. Trifft er nicht auch auf des Verhältnis Russland/Ukraine zu?

Der Rotterdamer Erasmus Desiderius ist – so meinte sein Biograph Stefan Zweig, von dem wir bald noch Einiges mehr hören werden – „unter allen Schreibern und Schaffenden des Abendlandes der erste bewusste Europäer, der erste streitbare Friedensfreund“ gewesen. Seine pazifistische Haltung hat er schon früh kundgetan: In sein erstes Buch, die 1500 in Paris erschienenen *Adagia*, einer kommentierten Sammlung griechischer und römischer Sprichworte, reihte er in die dritte Auflage (1515) die Redensart *Dulce bellum inexpertis* („Süß ist der Krieg nur für den, der ihn nicht kennt“) ein und schrieb dazu, im Krieg verhielten sich die Menschen schlimmer als die Tiere, die ja nur für Nahrung oder zur Verteidigung ihrer Jungen kämpfen, während sich die Menschen von Ehrgeiz, Zorn, Lust oder anderen Geisteskrankheiten zur Gewalttätigkeit verleiten lassen. Erasmus hielt sich während der Arbeit an diesem Text noch in England auf, wurde aber von der Kriegsbereitschaft des jungen Königs Heinrich VIII., der im Sommer 1512 zu einem Feldzug nach Frankreich aufgebrochen war, irritiert. „Der Krieg, für den man hier rüstet, hat plötzlich den Geist dieser Insel verändert“, hatte er schon im Frühjahr 1514 in einem Brief an den Abt von Saint-Omer geschrieben.

Im Sommer 1514 verließ Erasmus England, um nach Basel zu reisen; eine zweite Reise rheinaufwärts im Sommer 1515 schloss sich an. Wichtig war ihm vor allem der Kontakt mit dem Drucker Johannes Froben, bei dem im Februar 1516 seine Ausgabe des Neuen Testaments erschien – ein Foliant von über tausend Seiten, gedruckt in 1200 Exemplaren.

Ein Jahr später heißt es dann 1517 in der „Klage des Friedens“:

„Um dem Haß Nahrung zu geben, werden die Namen der Gebiete missbraucht. Und die einflussreichen Größen nähren diesen Irrtum des dummen Volkes, und auch einige Priester nähren ihn, um des eigenen Vorteils willen. Der Engländer ist dem Franzosen feind, aus keinem anderen Grund, als weil er Franzose ist. Dem Schotten zürnt der Brite aus keiner anderen Ursache, als daß er ein Schotte ist. Der Deutsche ist mit dem Franzosen zerfallen, der Spanier mit den beiden. O Verrücktheit, bringt der bloße Name eines Ortes auseinander, warum mögen nicht eher so viele verbinden? Du willst als Brite dem Franzosen übel. Warum willst Du als Mensch nicht lieber dem Menschen wohl? als Christ dem Christen? Warum kann eine unbedeuten-

de Sache bei diesen da mehr bewirken als so viele Knüpfungen der Natur?“

In diesen Sätzen klingt auch das Weltbürgertum des Erasmus an, das dieser dann fünf Jahre nach der Niederschrift der „Klage des Friedens“ im oben zitierten Brief an Zwingli ausdrücklich beim Namen nannte.

Und die Aktualität dieses Gedankens ist unbestreitbar. Unter dem Eindruck der Massaker des Ersten Weltkrieges betonten rund 400 Jahre nach der „Querela“ des Erasmus etliche europäische Intellektuelle die Bedeutung eben des schon von diesem als friedensstiftend betrachteten Gemeinsamkeitsgefühls, so etwa der Schriftsteller, Weltbürger und Erasmus-Biograph Stefan Zweig (1881–1942), der den Kriegsbeginn 1914 als Augenzeuge miterlebt hatte:

„Wie nie fühlten Tausende und Hunderttausende Menschen, was sie besser im Frieden hätten fühlen sollen: daß sie zusammengehörten...“

Rund zwei Jahrzehnte später, im Jahr der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ und nicht lange vor dem Ausbruch eines neuen Krieges mahnte der Arzt und Kulturkritiker Sigmund Freud (1856–1939) in der Antwort auf einen Brief des Pazifisten Albert Einstein (1879–1955), den dieser im Auftrag des Völkerbundes an ihn geschrieben hatte:

„Alles, was Gefühlsbindungen unter den Menschen herstellt, muß dem Krieg entgegenwirken...“

Partiell ist dies ja durchaus gelungen – ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist heute kaum mehr vorstellbar, obschon ja noch nicht allzu viel Zeit vergangen ist, seit in den Jahren 1870–1945 drei blutige Kriege zwischen den angeblichen „Erbfeinden“ geführt worden sind; weltweit harret diese Aufgabe freilich noch einer dauerhaften Lösung!

Ich versuche mich nun an einem – gewiss sehr vorläufigen! – Zwischenfazit:

In der Welt von heute steht ganz gewiss vieles nicht zum Besten – aber keines der Übel, die unser aller Zukunft gefährden (etwa die Erwärmung des Klimas und der Anstieg des Meeresspiegels – mehr dazu dann im nächsten Abschnitt!) kann durch Gewalt und Krieg aus der Welt geschafft werden. Im Gegenteil! Was Not tut, ist eine stärkere Verbundenheit, ist das intensive Erleben der gemeinsamen Interessen – denn das Schicksal dieser Welt ist unser aller Schicksal. Freilich wirkt eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, wirkt eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich diesem Miteinander entgegen. Und gerade deshalb ist ein „Weltbürgertum von unten“, neben und jenseits der Regierungen (und, wo nötig, auch gegen sie!) das Gebot der Stunde.

Werden wir daher nicht müde, im Sinne des Erasmus unseren Mitmenschen zuzurufen: „Werdet doch endlich einmal ein wenig klüger, nachdem ihr allzu lange das Elend des Krieges erduldet habt! Ein Krieg sät den nächsten, Vergeltung erzeugt Vergeltung. Mögen jetzt Freundschaften einander bestärken, möge eine Wohltat die nächste hervorlocken.“ Als Friedensstifter in jenem Sinn dürfen mithin zualterererst diejenigen gelten, die ihre Ansprüche mäßigen. Dies betonte ja schon Erasmus, und man möchte angesichts der heutigen Weltlage hinzufügen: die nicht mehr auf Kosten anderer leben wollen (siehe dazu auch den nächsten Abschnitt!). Denn das ist der einzige Weg zu dauerhaftem Frieden: Die Verbindungen zwischen den Menschen stärken, ihre gemeinsamen Interessen fördern – und die Verhinderung solcher Gemeinsamkeit durch Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung abschaffen.

Was Not tut, ist also ein subjektiv gefühltes, ein persönlich erlebtes und von möglichst vielen Mitmenschen aktiv gelebtes Weltbürgertum – das sich aber zugleich auch objektiv auf rechtlich abgesicherte Weltbürgerrechte, vor allem auf Rechte in ökologischer Hinsicht, stützen kann. Selbstverständlich müssen dazu unter dem Dach der Vereinten Nationen entsprechende neuartige Institutionen geschaffen werden, aber es gibt keinen einleuchtenden Grund, warum dies grundsätzlich unmöglich sein sollte. Es muss aber eingefordert und politisch durchgesetzt werden – von den Menschen weltweit, nicht von den Regierungen. Auch hier gilt, was der 34. Präsident der USA, Dwight D. Eisenhower (1890 – 1969), in einer seiner letzten Reden sagte:

„Vor allem glaube ich, dass das Volk selbst auf lange Sicht mehr für den Frieden tun wird als unsere Regierungen... Es wird nicht eher Frieden geben, bis die Menschen der ganzen Welt aufstehen und danach verlangen...“

Eben dieses Verlangen nach Frieden – das wäre der Weg des Weltbürgertums! Ihn zu beschreiten, fordert freilich Aktivität, und verursacht mitunter auch Schmerz und Leid. *)

*) Am 21. Februar 1944 schreibt Käthe Kollwitz (1867–1945), die im ersten Weltkrieg ihren Sohn verloren hatte, an ihre Schwiegertochter:

„... Aus Deutschlands Städten sind Trümmerhaufen gemacht, und das Schlimmste von allen ist, daß ein Krieg seinen Antwortkrieg schon in der Tasche hat. Ein jeder Krieg wird mit einem neuen Krieg beantwortet bis alles kaputt ist.... Darum bin ich mit ganzem Herzen für einen radikalen Schluss dieses Irrsinns und erwarte nur vom Weltsozialismus etwas. ... Der Pazifismus ist eben kein gelassenes Zusehen, sondern Arbeit, harte Arbeit.“

Ich habe Kollwitz zitiert, weil das Beispiel dieser großen Künstlerin deutlich macht, wie unangemessen (und unverschämt!) es ist, pazifistisch gesonnene Mitmenschen als Besserwisser zu diffamieren, die aus einer bequemen

und sicheren Position heraus, gleichsam aus der Zuschauerloge, anderen, die unter dem Gang der Weltgeschichte schwer zu leiden haben, ihre unbrauchbaren Ratschläge aufdrängen...

3.

Kehren wir nun zu den Gedanken am Anfang meiner (gewiss sehr fragmentarischen!) Erörterungen zurück.

Es ist doch überdeutlich: Nicht die Anhäufung von immer mehr und immer tödlicheren Waffen (worin sich die Menschheit seit Tausenden von Jahren übt!) verhindert den Krieg. Ein Krieg wird dadurch verhindert, dass in jenem Land, dessen Herrscher ihn zu beginnen trachten, Menschen in großer Zahl deutlich machen, dass sie diesen Krieg nicht wollen und - ganz im Sinne des Erasmus! - auch nicht bereit sind, ihn zu unterstützen. Eben daran hat es in Russland 2022 gemangelt, ebenso wie in Deutschland 1914 und 1939. Die derzeit allgegenwärtige Kriegsrhetorik nach dem Motto: „Ich muss rüsten, weil du rüstest...“, erschwert diesen Weg in erheblichem Maße - ungangbar ist er deshalb aber nicht!

Denken wir über all dies konsequent weiter nach, so taucht meines Erachtens ganz zwangsläufig diese Frage auf:

Was lässt sich tun, damit die Menschen auf dieser Welt nicht nur von ihrer kriegsfördernden Gesinnung ablassen, sondern auf ihrem Heimatplaneten auch dauerhaft menschenwürdige Zustände schaffen, die der Kriegsbereitschaft auf lange Sicht den Nährboden entziehen?

Für den Versuch einer Antwort scheint es mir nötig, die Perspektive zu weiten, den Blick nicht mehr vorrangig auf Europa und seine Nöte zu richten. Während gegenwärtig alle Welt über den Krieg in der Ukraine debattiert, war in den Zeitungen eher beiläufig und versteckt auch davon zu lesen, dass in Ostafrika die schlimmste Dürreperiode seit Jahren herrscht – Millionen Menschen seien von Hunger und Not bedroht, und die international tätigen Hilfsorganisationen beklagten einen dramatischen Rückgang der eingehenden Spendengelder..

Weitgehend unbeachtet blieb anno 2022 auch der „Weltwassertag“ (22. März) - er geht auf eine Initiative der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 zurück und wurde von der UN-Vollversammlung am 22. Dezember jenes Jahres beschlossen und findet seither alljährlich statt.

Gerade dieser Tag ist ein guter Ausgangspunkt für weltbürgerliche Überlegungen über das künftige Zusammenleben auf dem Planeten Erde.

Dazu zunächst ein Rückblick:

Der berühmte Philosoph Immanuel Kant (1724-1804), dessen Traktat „Zum ewigen Frieden“ aus dem Jahr 1795 zu den Grundlagentexten

des Weltbürgergedankens zählt, betont in jener Schrift mehrfach den gemeinschaftlichen Besitz der Erdoberfläche, die Eigentum aller Menschen sei, weil sie sich auf ihr „sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch neben einander dulden müssen.“

Nicht anders verhält es sich aber auch mit den Süßwasservorräten dieser Erde, in die sich die Menschen gemeinschaftlich teilen müssen, weil sie sich nun einmal nicht nach Belieben (oder Bedarf!) vermehren lassen. Das verfügbare Süßwasser ist ein Menschheitserbe und damit auch ein Gemeinschaftsgut, das zum Wohle aller bewahrt und verwaltet werden sollte.

Es käme also darauf an, eine partnerschaftliche Weltwasserethik zu entwickeln. Denn von einem solchen weltbürgerlichen Umweltethos hängt „die Antwort auf viele ungelöste globale Wasserfragen ab. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Darf die Wasser- und Landnutzung zur Eindämmung des weltweiten Verlustes der biologischen Vielfalt begrenzt werden, wenn dies die Nahrungsmittelproduktion gefährdet? Kann ein weiter steigender Fleischkonsum in Industrie- und Schwellenländern noch gerechtfertigt werden angesichts dessen hohen Wasser- und Flächenbedarfs in den Exportländern (von tierethischen Überlegungen ganz zu schweigen)?“

Diese eindrücklichen und bedenkenswerten Sätze stammen aus dem Buch von Dieter Gerten: *Wasser – Knappheit, Klimawandel, Welternährung* (München 2018), das nach meiner Ansicht allenthalben Pflichtlektüre werden sollte.

In diesem Zusammenhang wäre auch noch darauf hinzuweisen, dass in einer Industrienation wie Deutschland pro Person und Tag etwa 3400 kcal Nahrung verzehrt werden – mit einem Anteil von 30% tierischer Nahrung, was einem Verbrauch von 3600 Liter Wasser entspricht. Bei einer vegetarischen (nicht: veganen!) Ernährung ließe sich dieser Wasserverbrauch um gut ein Drittel auf etwa 2300 Liter verringern. Für Weltbürgerinnen und Weltbürger, denen das Schicksal der anderen Menschen auf dieser Erde nicht gleichgültig ist, gilt also klar und eindeutig das ethische Gebot: *Weniger Wasser essen!*

Von einer globalen, partnerschaftlichen Wasserethik ist oben ja bereits die Rede gewesen - und diese Ethik bedarf, um praktisch wirksam zu werden, der Verrechtlichung durch ein *ökologisch orientiertes Weltbürgerrecht*.

Hier liegt ganz offensichtlich ein wichtiger Anknüpfungspunkt für ein Weltbürgertum, das den Problemen der Gegenwart angemessen ist. Dass eine derartige Verrechtlichung ethischer Impulse und Gebote ein wichtiger – und für die Menschheit des Anthropozän, also der Epoche menschengemachter Umgestaltung dieser Welt*), vermutlich sogar

*) Der Vorschlag, das gegenwärtige Zeitalter als „Anthropozän“ zu bezeichnen, stammt von dem Chemiker und Nobelpreisträger des Jahres 1995, Paul

Crutzen (geb. 1933), der bis zu seiner Emeritierung an der Universität Mainz gelehrt hat. Vgl. Crutzen, P.J. & Stoermer, E.F.: Have we entered the „Antropocene“? Global Change Newsletter 41, 2000, p. 17–18.

über-lebenswichtiger! – Schritt auf dem Weg zu einer friedlichen und gerechten Welt wäre: darauf hat schon Immanuel Kant in seinem Friedenstraktat eindringlich hingewiesen. Wenn es mit der Gemeinschaft der Menschen erst einmal so weit gekommen sei, schreibt Kant, „daß die Rechtsverletzung an *einem* Platz der Erde an *allen* gefühlt wird: so ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex, sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt, und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.“

Gerade im Falle des von örtlicher Verknappung bedrohten Gemeinschaftsgutes Wasser lässt sich zeigen, wie wichtig ein ökologisch fundiertes Weltbürgerrecht wäre. Denn einerseits hat die UNO-Vollversammlung 2010 den Zugang zu sauberem Trinkwasser in den seit 1948 gültigen Katalog der Menschenrechte aufgenommen – andererseits gibt es für den notleidenden Menschen in den von wachsender Wasserknappheit bedrohten Regionen dieser Erde derzeit noch keine Möglichkeit, dieses Menschenrecht auch alltagspraktisch real durchzusetzen. Dies insbesondere dann, wenn die Verursacher seiner Misere außerhalb der Grenzen seines Heimatlandes ihr Unwesen treiben.

Ähnliches gilt freilich auch für jene Menschen, die durch den Anstieg des Meeresspiegels schon in Bälde gezwungen sein werden, ihre überflutete Heimat zu verlassen – etwa die Bewohner der Atolle im pazifischen Ozean wie beispielsweise der Inselstaaten Kiribati und Tuvalu. Der Staat Tuvalu, seit dem 1. Oktober 1978 unabhängig (zuvor eine britische Kolonie mit dem Namen Ellice Islands) besteht aus neun Inseln mit einer Gesamtfläche von 26 Quadratkilometern, die von rund 13.000 Menschen bewohnt werden. Die Inseln erheben sich maximal fünf Meter über die Meeresoberfläche; es lässt sich mithin absehen, wann sie – wie andere Inseln auch – durch den für das neue Weltzeitalter des Anthropozän so charakteristischen Meeresspiegelanstieg größtenteils überflutet und damit unbewohnbar sein werden.

Der deutsche Jurist Hinrich Bartels – ein pensionierter Richter, der seit Jahren am Entwurf eines internationalen Umweltstatuts arbeitet – hat dazu treffend geschrieben:

„Die Völkerrechtler suchen zurzeit verhältnismäßig hilflos nach einer

Lösung des Tuvalu-Problems. Dass ein Staat nicht durch militärische Gewalt um seine Existenz gebracht wird, ist für sie neu. Man begnügt sich zurzeit damit, zu prüfen, ob die Umweltflüchtlinge aus Tuvalu nicht den Kriegsflüchtlingen gleichgestellt werden müssen. Zur Rettung der Insel fällt ihnen nichts ein. Wären die USA oder wäre auch China in gleicher Weise betroffen wie heute schon der Inselstaat Tuvalu, dann würden sie nicht zögern, alle Staaten mit militärischem Druck zu einem umweltverträglichen Handeln zu zwingen.“

Das Weltbürgerrecht, das hier Abhilfe schaffen könnte, existiert, wie wir alle wissen, noch nicht – nur erste Ansätze und Umriss sind derzeit erkennbar.*) Das dispensiert uns freilich nicht von der Verpflichtung, in der eigenen Lebensgestaltung weltbürgerlich zu handeln, wo immer möglich... Und das wiederum heißt, dass wir – wo immer möglich – vermeiden sollen, auf Kosten anderer zu leben. Davon ist ja – siehe oben – schon bei der Erörterung des friedenspolitischen Wirkens des Erasmus von Rotterdam die Rede gewesen.

Was folgt aus alledem? In erster Linie wohl dies:

Es gibt, jedenfalls in meinen Augen, zwei Grundprinzipien eines weltbürgerlichen und damit friedensstiftenden Lebens, und das sind diese beiden Leitsätze:

Erstens:

Lebe so, dass deine Lebensgestaltung möglichst wenig Schaden für die Lebensführung anderer Menschen zeitigt!

und

Zweitens:

Setze dich dafür ein, dass weltweit eine Rechtsgemeinschaft entsteht, die es auch allen anderen Menschen möglich macht, im Recht zu leben und ihre eigenen Menschenrechte alltagstauglich zu verwirklichen.

Würde eine Mehrheit der Menschen weltweit diesen Prinzipien folgen und nach ihnen leben – dann könnte eines Tages auch das schreckliche Phänomen Krieg seinen ihm gebührenden Platz auf der Abraumhalde der Weltgeschichte finden...

*) Vom Thema „Ökologisches Weltbürgerrecht“ wird dann im dritten Teil dieses Textes noch ausführlich die Rede sein!

Zweiter Teil

[Verfasst anlässlich der über einjährigen Fortdauer des Ukraine-Krieges Ende Februar 2023, überarbeitet und ergänzt im Januar 2024.]

1.

„Der erscheint mir als der Größte,
der zu keiner Fahne schwört,
und, weil er vom Teil sich löste,
nun der ganzen Welt gehört.“ (Rainer Maria Rilke)

Das Rilke-Gedicht ist ohne Zweifel ein gutes Leitmotiv für Weltbürger- und Friedensgedanken... Die Gedanken sind ja bekanntlich frei. In der bitteren Realität hingegen hat mich die wachsende Militarisierung und Kriegsbereitschaft in Deutschland, vor allem aber der schrille Tonfall der Medienöffentlichkeit in den ersten beiden Monaten des Jahres 2023 oft an ein Sprichwort erinnert:

„Wenn die Fahne im Wind flattert, fliegt der Verstand in die Trompete...“*)

Waffen, Waffen, Waffen – das wurde in der veröffentlichten Meinung in immer grelleren Tönen gefordert, obwohl diese gewiss nicht die Ansichten der Bevölkerungsmehrheit repräsentiert („Umfrage: Kampfpanzer-Lieferung in die Ukraine wird skeptisch gesehen“ – Handelsblatt, 25. 12. 2022 / „Nur ein Drittel der Deutschen für Panzerlieferungen“ – Sächsische Zeitung, 27. 12. 2022)! Die Lieferung von Panzern hat die Bundesregierung freilich dennoch beschlossen. „Nur Panzer können Putin stoppen“ – so die FAZ am 21. 1. 2023. Und nun? Mittlerweile steht bereits die Überstellung von Kampfflugzeugen zur Debatte, obwohl diese auch als Angriffswaffen tauglich sind. Und dann? Werden wir bald in deutschen Massenmedien lesen: „Nur Atomwaffen können Putin stoppen“? Ausgeschlossen erscheint mir dies keineswegs angesichts des heute allenthalben grassierenden militaristischen Massenwahns...

Aber was lässt sich dagegen tun?

Der im Sommer 2022 veröffentlichte erste Teil meiner weltbürgerlichen Friedensgedanken hatte ein recht lebhaftes Echo ausgelöst – es gab viel Zustimmung, aber auch kritische Stimmen. Und das ist gut und richtig so – gerade jenen, die sich kritisch geäußert haben, sei

*) In diesem Zusammenhang sehr bezeichnend auch die folgenden Zeilen des Dichters Hoffmann von Fallersleben:

„Seht, was ein Kalbfell kann! Wohl Tausende lockt es zusammen;
auf den Ruf der Vernunft stellt sich kein einziger ein...“

für ihre Anregungen, die mir wichtig und wertvoll sind, sehr herzlich gedankt!

Zwei von ihnen möchte ich hier zitieren:

„Es gibt auch ein verbrieftes Recht auf Notwehr und Nothilfe. Paradoxerweise ist es ja so, dass ein „fundamentalistischer“ Pazifismus die Häufigkeit von Gewalt vergrößert, anstatt verkleinert (W.D. am 10. 12. 2022)“.

„Die Potentaten, die über so viel Macht verfügen, dass sie uns alle auslöschen könnten (und im Augenblick sogar mit diesem Gedanken spielen) – werden die sich um solche Aufrufe einiger aufgeklärter Intellektueller in der westlichen Welt kümmern? Diesen Glauben habe ich verloren, leider (St. Sch. am 11. 12. 2022)“.

In summa waren die meisten kritischen Stellungnahmen deckungsgleich mit dem berühmten (in mehreren Zuschriften auch wortwörtlich zitierten!) Satz aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“:

„Es kann der Beste nicht im Frieden bleiben,
Wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt...“

Aber was tun, wenn wir nicht „im Frieden bleiben“ können, wenn das friedliche Zusammenleben der Menschen und der Menschengemeinschaften (der Staaten und Nationen) durch gewalttätige Übergriffe – durch „böse Nachbarn“ oder durch wen auch immer! – gestört wird? Dieser Frage habe ich mich Anfang 2023 in meinem vorliegenden Essay – jetzt zu Teil 2 eines ausführlicheren Textes geworden – gewidmet.

2.

Beginnen möchte ich – in der Hoffnung, niemanden damit zu langweilen! – mit einigen persönlichen Anmerkungen:

Ich bin nie ein dogmatischer (schon gar nicht ein fundamentalistischer!) Pazifist gewesen... lange Zeit in meinem Leben, das nun bald 75 Jahre währt, galt eher das Gegenteil: Als Schüler (Abitur 1969) unterstützte ich im Vietnam-Krieg die Befreiungsbewegung der „Vietcong“, und auf Demonstrationen skandierte wir „Sieg im Volkskrieg!“ Während des Studiums (Staatsexamen 1976) wurde ich zum militanten Maoisten, der für die „Weltrevolution“ agitierte – erst die Nachricht von den „killing fields“ in Kambodscha ließ mich an dieser Ideologie zweifeln und schließlich verzweifeln. Seither – und insbesondere im Zuge der „Friedensbewegung“ nach der NATO-„Nachrüstung“ (geschlossen am 12. 12. 1979).

Aber auch im eigenen Leben habe ich nicht immer „die andere Wange hingehalten“ – es gab Fälle, in denen mir Gegenwehr, auch gewaltsame, als gerechtfertigt erschienen ist, aber auch solche, in denen ich

auf sie bewusst verzichtet habe, zum Beispiel, um mein Gegenüber nicht noch mehr zu reizen (bei Patienten in der psychiatrischen Klinik, in der ich ab 1977 gearbeitet habe, ist das mehrfach der Fall gewesen...).

Und diese letztgenannte persönliche Erfahrung scheint sich gut zu eignen, um das Thema „Gewalt und mögliche Gegenwehr“ auf ein allgemeines, politisches Niveau zu heben:

Denn aus heutiger Sicht scheint es mir die entscheidende Frage zu sein, wie ein sich ein durch „positive Rückkoppelung“ selbstverstärkender Mechanismus, also eine Eskalation des Geschehens, vermieden werden könnte.

Man muss auch kein konsequenter Pazifist sein, um solchen Eskalations-Spiralen entgegenzutreten. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Man mag es befürworten, dass die Ukraine sich militärisch verteidigt und es deshalb auch für angebracht halten, dem Land Waffen zu liefern, damit sie sich besser gegen den russischen Angriff wehren kann. Sind diese Waffen aber nicht nur zur Defensive, sondern auch zum Angriff tauglich, und werden sie dann dazu benutzt, dass Präsident Selenskyi (wie er schon mehrfach angekündigt hat!) auch die Halbinsel Krim zurückerobern möchte – dann kommt es in der Folge ohne Zweifel zu eben jener gefährlichen Gewalt-Eskalation.

Auch ein zweites Argument gilt es zu bedenken:

Nicht jedes Wesen (ob nun Individuum oder Nation!), das zum Opfer von Gewalt wird, ist deshalb ein „Unschuldslamm“ (gewalttätige Auseinandersetzungen unter Gangstern sind ja nicht eben selten!)... Ob nun in der Ukraine (wo es zum Beispiel kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt!) wirklich in jeder Hinsicht „die Werte des freien Europa“ verteidigt werden, scheint mir zumindest der kritischen Nachfrage wert...

Wie auch immer – die bluttriefende Menschheitsgeschichte beweist überdeutlich, dass Gegengewalt als Antwort auf Gewalt allermeist den Einstieg in eine verhängnisvolle Eskalationsspirale bedeutet. Wie es schon Erasmus von Rotterdam vor über 500 Jahren in seiner „Klage des Friedens“ (1517) festgestellt hat: „Ein Krieg sät den nächsten...“

Die Berechtigung der Erasmischen Warnung lässt sich nun auch sehr gut an eben jener Region erkennen, in dem der gegenwärtige Krieg tobt. Wer weiß denn heute noch, dass es 1920 einen polnisch-ukrainischen Krieg gegeben hat, in dem polnische Soldaten am 6. Mai 1920 Kiew eroberten – in der Folge wurde ukrainisches Territorium zwischen Polen und der Sowjetunion aufgeteilt. Deren Machthaber Josef Stalin ließ in der Ukraine Tausende von Menschen verhungern – in der nicht minder gewaltsamen Reaktion auf diesen Massenmord schlossen sich ab 1941 viele Ukrainer den Invasoren aus Hitlerdeutschland an;

in den Wachmannschaften der nationalsozialistischen Konzentrationslager beteiligten sich nicht wenige Ukrainer an der dort stattfindenden Massenvernichtung (darüber ist nachzulesen etwa in Louis Begley, Lügen in den Zeiten des Krieges, Frankfurt a.M. 1974).

Eine antisemitische Gewaltbereitschaft war auch in der Ukraine (und ebenso in Russland!) traditionell weit verbreitet und sollte nicht nachträglich beschönigt werden – auch nicht in der Gegenwart, wo fast nur noch über Putins schlimme Verbrechen berichtet wird und andere Gräueltaten dem Vergessen anheimgestellt werden! *)

3.

Was wären denn nun geeignete Mittel, um die Eskalation gewaltsamer Konflikte zur sich immer weiter selbst verstärkenden „Gewaltspirale“ verhindern zu können?

Erstens: Sich innerhalb Deutschlands vernetzen.

Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung ist (anders, als dies vom Sommer 1914 berichtet wird...) ganz und gar nicht kriegsbegeistert. Vermutlich (Genauerer wird leider nicht berichtet) steht sogar die Mehrheit dem offiziellen NATO-Kurs skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das politische Establishment schert sich darum freilich nur wenig, und die Mehrheit der Massenmedien schlägt – wie eingangs ja schon angedeutet – ganz andere Töne an. Deshalb ist es notwendiger denn je, dass sich die widerständigen Menschen miteinander vernetzen (was, dank moderner Technik, heute ja wesentlich leichter ist als vor hundert Jahren!) – dies nicht zuletzt, um jenen schwer lastenden Gefühlen der Vereinzelung und der Hilflosigkeit entgegenzuwirken! Es geht darum, das zu schaffen, was man in der Zeit nach 1968 eine „Gegenöffentlichkeit“ zu initiieren (wobei auch Meinungsdivergenzen nicht ausgespart, sondern offen diskutiert werden sollten!). Wichtig ist dann auch, die Massenmedien immer wieder auf ihre abgehobene Einseitigkeit hinzuweisen, etwa durch Leserbriefe, Stellungnahmen an die Redaktionen – und an die politischen Parteien erst recht!

Zweitens: Internationale Kontakte intensivieren.

Dies ist aus weltbürgerlicher Perspektive selbstredend immer wichtig (warum haben unsere Städte und Gemeinden fast nie Partnerstädte in der so genannten „Dritten Welt“?) – und in der derzeitigen Situation allemal. Ich selber bin traurig (und auch ein wenig wütend auf mich selbst) dass ich viele Kontakte, die ich früher in die Sowjetunion

*) Hierzu J. Weidinger: Mitten im zivilisierten Europa. Die Pogrome von 1918–1921 und die Vorgeschichte des Holocaust, München (C.H.Beck) 2022.

und später nach Russland hatte, leider habe schleifen und versanden lassen – jetzt sind sie nur schwer zu reaktivieren. Schade!

Aber wie auch immer – auch in Russland und auch in der Ukraine gibt es Kriegsgegner, sogar Pazifisten; sie zu unterstützen ist das Gebot der Stunde. Freilich können konkrete Hinweise dazu, wie das geschehen könnte, an dieser Stelle nicht gegeben werden.

Aber auch der Kontakt zu Menschen in anderen Ländern, in denen offensichtlich eine andere Sichtweise auf den Ukraine-Krieg üblich ist als bei unserer Regierung und in unseren Massenmedien – zum Beispiel in Brasilien! – ist in der gegenwärtigen Situation von großer Bedeutung!

Drittens: Internationale Organisationen stärken.

Die Vereinten Nationen sind nach Beginn des Ukraine-Krieges in der öffentlichen Wahrnehmung quasi geschrumpft, auch in der offiziellen Berichterstattung (wo eigentlich nur noch vermeldet wurde, dass die Vollversammlung der UN den russischen Angriff zweimal mit großer Mehrheit verurteilt hat!). Gewiss, die Weltorganisation ist schwerfällig und reformbedürftig – wichtige Anregungen hierzu stammen unter anderem von dem deutschen Diplomaten Michael von der Schulenburg (*1948), der ja, unter anderem, stellvertretender Generalsekretär der UN gewesen ist. Schulenburg hat auch bemerkenswerte Stellungnahmen zum Ukraine-Krieg verfasst, die stark in Kontrast zur Politik der gegenwärtigen Bundesregierung stehen. Aus einem seiner letzten Aufsätze (vom Februar 2023) möchte ich eine längere Passage zitieren, da sie mir sehr bedeutungsvoll erscheint:

„Seit dem Ende des Kalten Krieges hat der Westen, insbesondere die USA, die Gültigkeit der UN-Charta immer wieder in Zweifel gezogen... Die UN-Charta war einst ein Geschenk der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges – der USA, der damaligen Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs – an die Menschheit. Heute haben sich gerade diese Staaten (oder deren Nachfolgestaaten) mit dem Ukrainekrieg derart diskreditiert, dass wir von ihnen keine Erneuerung der UN-Charta erwarten können. Die Fackel für eine friedliche, auf Zusammenarbeit gerichtete Weltordnung muss nun von anderen Ländern getragen werden, von Ländern wie Brasilien, Argentinien und Mexiko in Lateinamerika; von Indien, China und Indonesien in Asien; von Südafrika, Nigeria und Äthiopien in Afrika und von Ägypten und Saudi-Arabien im Mittleren Osten. Indem diese Länder eine stärkere Verantwortung für den Weltfrieden übernehmen, würde ein weiterer Schritt hin zu einer multipolaren und gleichberechtigten Welt gegangen. Was eignet sich da besser als eine Friedensordnung, die auf der UN-Charta und

dem Prinzip „der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ aufgebaut ist.“ *)

Aus meiner Sicht ist zu diesen bemerkens- und beherzigenswerten Sätzen noch anzumerken, dass unsere Mainstream-Medien ja schon sehr aktiv am neuen „Feindbild China“ basteln – und dass während des Ukraine-Krieges der seit Januar 2021 völkerrechtlich gültige internationale Vertrag zum Atomwaffenverbot fast völlig aus der veröffentlichten Wahrnehmung verschwunden ist – leider.. Auch das wäre ein wichtiges Thema für die nun schon mehrfach erwähnte „Gegenöffentlichkeit“!

Summa Summarum:

Was not tut, ist erstens ein größerer Zusammenhalt, ein stärkeres Zusammenwirken der Menschen weltweit „von unten her“, also bewusst außerhalb der „regierungsamtlichen“ Kanäle.

Eine Konsequenz, in die dieses gemeinschaftliche Wirken schließlich münden sollte, wäre eine weitergehende Verrechtlichung aller internationalen Beziehungen.

„Die konsequente Endgestalt dieser Verrechtlichung ist der eine weltumgreifende Völkerstaat mit Souveränitätsrechten unter den Gesichtspunkten des Friedensgebotes, die äußeren Beziehungen der Einzelstaaten betreffend, und des Republikanismusgebotes, ihre innere Verfassung betreffend.“ **)

Ein solcher weltumgreifender Völkerstaat sollte bei seiner Realisierung zweifellos eine föderale Struktur annehmen. Weltbürgerliches Denken bedeutet also, aus Unzufriedenheit mit der gravierenden Ungerechtigkeit in unserer von Machtpolitik dominierten Welt, mithin aus einem ethischen Verpflichtungsgefühl heraus eine friedliche und gerechte Welt für alle zu konzipieren. Dazu gehört dann eben auch die Beachtung aller bereits bestehenden Rechte und die einklagbare Verrechtlichung der Menschenrechte sowie der Rechte anderer Lebewesen wie zum Beispiel dem auf Zugang zu sauberem Trinkwasser in einem auf ökologische Wirkung ausgerichteten Weltbürgerrecht – denn die größte Bedrohung der Menschen von heute und insbesondere der Armen unter ihnen liegt in der ökologischen Krise. Diese ist ja kein Zustand, der uns irgendwann in ferner Zukunft droht, sondern ein bereits hier und heute in vollem Gang befindlicher Prozess. Das Weltbürgerrecht, das hier Abhilfe schaffen könnte, existiert, wie wir alle wissen, noch nicht – nur erste Ansätze und Umriss sind derzeit erkennbar. Das befreit uns freilich nicht von der Verpflichtung, in der eigenen Lebensgestaltung weltbürgerlich zu handeln, wo immer mög-

*) M. v. der Schulenburg: Der Ukraine-Krieg und unsere Verpflichtung zum Frieden. MAKROSKOP – Magazin für Wirtschaftspolitik, 18. 2. 2023.

***) Dörflinger, B.: Rechtliche und ethische Aspekte der Friedensidee bei Kant, in: Hüning, Dörflinger, Krick (Hrsg.): Das Verhältnis von Recht und Ethik in Kants praktischer Philosophie (Studien und Materialien zur Geschichte der Philosophie 92), Hildesheim 2017 (Olms), S. 319.

lich. Und das wiederum heißt, dass von uns – überall, wo immer möglich! – vermieden werden sollte, auf Kosten anderer zu leben. Denn der glückliche (das heißt: unverdiente) Geburtsvorteil, das Bürgerrecht in einer der reichen Industrienationen zu besitzen, scheint in mehr als einer Hinsicht vergleichbar mit dem glücklich-unverdienten Geburts- und Erbvorteil der Zugehörigkeit zu einem privilegierten Stand, nämlich dem Adel, zu Zeiten der Feudalherrschaft – ein Privileg, das man sich nicht durch Leistung oder andere Verdienste erworben hat, sondern in das man durch unverdientes Glück hineingeboren worden war.

Wer also das Glück hat, in eine der reichen Industrienationen - in unserem Fall Deutschland - hineingeboren worden zu sein, sollte daher versuchen, dieses Privileg weltverträglich zu gestalten, was in vielen Fällen ein „Prinzip Schrumpfung“ bedeuten würde, das der sozial-schädlichen Ideologie vom angeblich positiven permanenten (Wirtschafts-) Wachstum entgegensteht.

Und was die Friedensproblematik anbetrifft, möchte ich dem Weltbürger Albert Schweitzer hier das letzte Wort einräumen:

„Das Bewußtsein, daß wir miteinander Menschen sind, ist uns in Kriegen und Politik abhanden gekommen. Wir kamen dazu, miteinander nur noch als Angehörige verbündeter oder gegnerischer Völker zu verkehren und in den sich daraus ergebenden Ansichten, Vorurteilen, Zuneigungen und Abneigungen gefangen zu bleiben. Nun heißt es wiederzuentdecken, daß wir miteinander Menschen sind und uns zu bemühen haben, uns gegenseitig zuzugestehen, was in dem Wesen des Menschen als moralische Fähigkeit vorhanden ist. So können wir uns zu dem Glauben erheben, daß auch in Angehörigen anderer Völker das Bedürfnis eines neuen Geistes wach werden wird, wodurch wir beginnen werden, füreinander wieder vertrauenswürdig zu sein.“

*)

So weit meine „Friedensgedanken“ von Anfang 2023, dem zweiten Kriegsjahr. „Fortsetzung folgt“?

Wir werden sehen...

*) Aus: „Der ‚idyllische‘ Atomkrieg“ (1958), in: Albert Schweitzer-Lesebuch, hrsggbn. von Harald Steffahn, München (C.H. Beck) 1984, S. 113 ff.

Dritter Teil

[Verfasst Ende 2023, überarbeitet im Januar 2024 – und basierend auf etlichen Vorträgen mit dem Titel „Friedenshoffnung Weltbürgertum“, die ich im Herbst 2023 gehalten habe.]

In diesem Herbst ist in unserem eigenen Land die vom politischen Establishment bereits Anfang 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ in ein neues und zutiefst erschreckendes Stadium getreten: So hat Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in einer Fernsehsendung unverblümt davon gesprochen, dass Deutschland in der Lage sein müsse, Kriege führen zu können. Wörtlich: „Wir müssen kriegstüchtig werden. Wir müssen wehrhaft sein.“ Mittlerweile ist diese Forderung auch in den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023“ verankert. Obendrein wurde von Pistorius noch ein entsprechender „Mentalitätswechsel“ eingefordert... (ZDF, „Bonn direkt“, 29. 10. 2023). Zu diesem überaus fragwürdigen Ziel trugen dann auch unsere Massenmedien bereitwillig, ja fast begeistert bei: „Das Land muss tatsächlich erst wieder tauglich gemacht werden für einen möglichen Kriegsfall“ – so schrieben es die Journalisten Georg Ismar und Georg Mascolo in der Süddeutschen Zeitung (SZ online, 15.11.2023).

Was kann dazu noch angemerkt werden? „Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten“ schrieb Bertolt Brecht an die „Nachgeborenen“ (es muss zwischen 1934 und 1938 gewesen sein!), und das trifft in der Tat auch auf uns Nachgeborene und auf das Jahr 2023 zu – leider! Wir leben in kriegerischen Zeiten. Doch der jüngste Krieg im Nahen Osten beweist – wieder einmal! – dass militärische Hochrüstung, wie sie Israel ja exzessiv betreibt (sogar mit Atomwaffen, deren Einsatz ja auch schon angedroht worden ist!), vor feindlichen Angriffen eben nicht auf Dauer schützt. Wenn es ein Land gibt, das im Sinne der Pistorius-Tiraden „kriegstüchtig“ ist, dann Israel. Genutzt hat es wenig. Für dauerhaften Frieden wäre eben anderes nötig als die Anhäufung von Waffen...

Deshalb schreibe ich heute noch einmal ausführlich über die bereits in Teil 1 und Teil 2 skizzierte „Friedenshoffnung Weltbürgertum“. Dabei konzentriere mich auf das Mitteleuropa der Neuzeit. Gewiss wäre auch „Weltbürgertum in der Antike“ ein lohnendes Thema. Dazu sei der Römer Cicero zitiert, der vor über 2000 Jahren geschrieben hat: „Ubi bene, ibi patria“ – wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland... Und man darf sich ja durchaus fragen, wie Ciceros Heimatland, das imperium romanum, es geschafft hat, so lange zu überdauern, nämlich rund ein Jahrtausend, und seinen Einwohnern dabei lange Zeiten des Friedens zu bieten. Die Fachwissenschaftler sind sich einig, dass dies nicht an der Macht der römischen Legionen lag. Der Althistoriker Alexander Demandt hat dazu festgehalten: „Das Imperium war ein

Vielvölkerstaat von einer im Altertum beispiellosen Liberalität und Toleranz“. Einbürgerung war – anders als etwa in Athen – leicht zu bewerkstelligen: Römischer Bürger konnte ein Rabbiner aus Palästina ebenso werden wie ein germanischer Adliger, der im römischen Heer diente. Platz für Neuankömmlinge jedweder Herkunft gab es im Römerreich genug. Ich glaube, das ist ein Sachverhalt, der uns zur Nachdenklichkeit anregen könnte.

Jetzt aber wollen wir uns dem Europa der Neuzeit widmen. Der Begriff „Weltbürger“ stammt, wie bereits geschildert, von einem der größten Gelehrten des 16. Jahrhunderts, von Erasmus von Rotterdam (1466 – 1536), dazu ist oben ja schon viel gesagt worden. Und deshalb möchte ich jetzt auf einen anderen Friedensförderer der frühen Neuzeit zu sprechen kommen, der rund 100 Jahre nach Erasmus gelebt hat, auf den französischen Mönch und Gelehrten Emeric Crucé (auch La Croix), der wohl von 1590 bis 1648 gelebt hat. 1623 erschien in Paris sein Buch „Der neue Kineas“. Damals tobte in Europa bereits seit fünf Jahren jener Krieg, der zu einem der blutigsten der Geschichte werden sollte, und nach dessen Ende 30 Jahre später viele Menschen meinten, es sei leichter, die Überlebenden zu zählen als die Toten...

Crucé schlug in dieser Abhandlung vor, eine ständige Versammlung von Vertretern aller Länder Europas einzuberufen. Diese sollte die ständigen Streitigkeiten der Herrschenden auf friedlichem Wege, nämlich durch Einsetzung eines Schiedsgerichtes, beilegen. Jener „permanente Kongress“ sollte in Venedig tagen – wohl wegen dessen weltläufiger Lage am offenen Meer und, wie Crucé unterschwellig andeutete, auch wegen seiner republikanischen Verfassung. Dieser wegweisende Vorschlag wurde fast genau 400 Jahre später und nach dem nächsten unerhört blutigen Krieg durch die Schaffung des „Völkerbundes“ verwirklicht, an dessen Stelle schließlich die „Vereinten Nationen“ getreten sind, von denen später noch die Rede sein wird.

Crucés weltbürgerliche Gesinnung wird allerdings auch an etlichen immer wieder in seinen Essay eingestreuten Randbemerkungen deutlich – etwa, wenn er schreibt:

„Was für eine Freude wär’s, die Menschen allenthalben frei und ungehindert reisen und ohne ängstliche Rücksichtnahme auf Herkunft, Sitten und ähnliche Unterschiede miteinander verkehren zu sehn, so als wäre die Erde – was sie denn in Wahrheit auch ist – eine allen gemeinsame Stadt...“

Und gerade heute scheint es mir höchst angebracht, sich von den Schlusssätzen in Crucés Friedensschrift bewegen zu lassen. Sie lauten wie folgt:

„Es gilt, Vernunft und Gerechtigkeit auf den Thron zu heben, nicht Gewalt, so den Tieren gut ist. Die Vergangenheit ist mit dem Leben

der Menschen nicht eben sparsam umgegangen: in Strömen ist das Blut geflossen, genug, Land und Meer in Purpur zu verwandeln. Das Maß ist voll.“

Es wäre gewiss möglich, nach Crucés eindrücklichen, aber bis dato leider vergeblichen Appell auch noch andere Weltbürger der frühen Neuzeit zu zitieren – etwa Johann Valentin Andreae (1586–1654) oder Sebastian Münster (1488–1552). Doch es erscheint mir sinnvoller, nach einem kühnen Sprung über etliche Jahrzehnte hinweg, jetzt endlich auch eine Frau zu Wort kommen zu lassen. *) Ich spreche von Louise Aston – sie lebte von 1814 bis 1871 und wurde als Louise Franziska Hoche in Gröningen bei Halberstadt geboren. Die Eltern zwangen sie schon als 17jährige zur Ehe mit einem wesentlich älteren, wohlhabenden Baumwoll-Fabrikanten. Von drei Töchtern starben zwei – nach der endgültigen Trennung von Samuel Aston 1844 zog Louise 1845 nach Berlin. Wegen ihres als extravagant geltenden Auftretens (sie trug meist Männerkleidung und rauchte in der Öffentlichkeit) wurde sie 1846 wegen „Staatsgefährdung“ aus der Stadt ausgewiesen, wozu sie 1846 ihr Buch „Meine Emanzipation“ veröffentlichte. Im Landesmuseum Linz hängt das Bild „Die Emanzipierte“, von Johann Baptist Reiter (1813 – 1890), das – 1847 entstanden – eine rauchende junge Frau zeigt, von der angenommen wird, dass sie Louise Aston sei. Noch 1846 hatte diese den Gedichtband „Wilde Rosen“ veröffentlicht, in dem auch ein Gedicht „Lebensmotto“ zu lesen ist, in dem es unter anderem heißt:

„Freiem Leben, freiem Lieben / Bin ich immer treu geblieben...“

Wenig später nahm Aston als freiwillige Krankenpflegerin am Krieg in Schleswig-Holstein teil, wo sie den zwei Jahre älteren Arzt Daniel Eduard Meier (1812–1873) kennenlernte, den sie im November 1850 heiratete. Das Paar versuchte, sich in Bremen niederzulassen, wurde aber auch dort ausgewiesen, worauf sie sich als Arzt und als Krankenpflegerin der Verwundetenfürsorge im Krim-Krieg 1853–1856 widmeten, wo Meier ein Bein verlor. Nach längeren Aufenthalten im Russischen Reich und in Österreich-Ungarn eröffnete Meier 1871 in Wangen im Allgäu eine Arztpraxis, die sich regen Zuspruchs erfreute; Louises Gesundheitszustand hingegen verschlechterte sich immer mehr, so dass sie noch im selben Jahr an „Brustwassersucht“ gestorben ist.

Nun aber, zum Abschluss, eine andere Rückblende in die Vergangenheit:

*) Vgl. Till Bastian und Gregor Lang-Wojtasik (Hrsg.): FRIEDENSHOFFNUNG WELTBÜRGERTUM. Einst weltbürgerlich und friedensfördernd engagiert – heute vergessen und verkannt. Fünfzig Porträts, Ulm (Klemm & Oelschläger) 2023.

Im Spätsommer und im Herbst 1948, also vor rund 75 Jahren, ging es in Paris noch lebhafter zu als dort ohnehin üblich: Seit dem 11. September tagte in der französischen Metropole die Vollversammlung der Vereinten Nationen, jener neuen Weltföderation, die drei Jahre zuvor, im Juni 1945, von 51 souveränen Staaten gegründet worden war.

Der Tagungsort war für „extraterritorial“ erklärt worden, unterlag also nicht mehr der französischen Gerichtsbarkeit. Just dies nutzte ein junger Amerikaner, der damals 26jährige Garry Davis (1921–2013), der im Krieg Pilot der US Air Force gewesen war. Er hatte am 25. Mai im Pariser Konsulat der Vereinigten Staaten seine US-Staatsbürgerschaft zurückgegeben und sich zum „Weltbürger Nr. 1“ erklärt. Um der Ausweisung als staatenloser Ausländer zu entgehen, suchte er Zuflucht auf dem Gelände des Palais de Chaillot, wo die Vereinten Nationen tagten. Er verschaffte sich auch Zutritt zum Tagungsort, wo er am 19. November 1948 nach der Rede des jugoslawischen Delegierten ans Rednerpult trat, das Wort ergriff und sagte: „Herr Vorsitzender, ich unterbreche hier im Namen des Weltvolkes, das hier nicht vertreten ist...“ Daraufhin wurde er aus dem Saal entfernt. Seine Idee aber gewann alsbald große Popularität – binnen eines Jahres hatten sich 223 801 Männer und Frauen aus 73 Ländern der von Davis initiierten Weltbürgerbewegung angeschlossen; ihr populärstes Gesicht war in der soeben gegründeten Bundesrepublik der Schauspieler Viktor de Kowa (1904–1973).

Garry Davis war gewiss nur einer von vielen Protagonisten einer nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges neu entstehenden Weltbürgerbewegung, wie es sie vor 1914 ja durchaus schon gegeben hatte. Wegen seiner öffentlichen Auftritte im Jahr 1948 ist es aber sicher angemessen, hier und heute seiner besonders zu gedenken.

Die Vereinten Nationen beschäftigten sich just damals, also im Herbst 1948, mit einer allgemeinen Menschenrechtserklärung – fast 150 Jahre nach der „Deklaration der Menschenrechte“ durch die Verfassengebende Versammlung des revolutionären Frankreichs am 26. August 1789. „Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es auch“, hatte es in jener Deklaration geheißen.

Jetzt, am 10. Dezember 1948, verabschiedete die UN-Vollversammlung eine neue „Allgemeine Menschenrechtserklärung“, die internationale Gültigkeit für sich beanspruchte. Seit damals gilt der 10. Dezember eines jeden Jahres weltweit als „Tag der Menschenrechte“.

Mittlerweile wäre es freilich an der Zeit – und dieser Appell bildet den Schluss meines Vortrages – diese Menschenrechte zu erweitern um ein ökologisches Weltbürgerrecht!

Dazu zitiere ich eine andere Weltbürgerin, die die von den Nationalsozialisten aus Deutschland vertriebene Philosophin Hannah Arendt

(1906–1975), die ja unter anderem hier in Heidelberg studiert hat und der Stadt in vielfältiger Weise verbunden geblieben ist. Arendt hatte im Herbst 1949, also ein Jahr später, in der Zeitschrift „Die Wandlung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem sie – streitbar wie immer – die Meinung vertrat, dass es im Grund nur ein einziges Menschenrecht gebe, aus dem alle anderen Rechte sich ableiten lassen: das Recht, Rechte zu haben. Im Originalton:

„Daß es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte zu haben (und das heißt, in einem Beziehungssystem zu leben, wo man nach seinen Handlungen und Meinungen beurteilt wird), oder ein Recht, einer politisch organisierten Gemeinschaft zuzugehören – das wissen wir erst, seitdem Millionen von Menschen auftauchten, die solche Rechte verloren hatten und sie zufolge der neuen globalen politischen Situation nicht wiedergewinnen“.

Heute ist es vor allem die globale politische Situation der weltweiten ökologischen Katastrophe, die Millionen von Menschen solche Rechte raubt.

Jenes von Hannah Arendt benannte fundamentale „Recht, Rechte zu haben“ ist auf dem Problemfeld der ökologischen Menschheitsbedrohung gegenwärtig weitgehend inexistent. Dies lässt sich zum Beispiel an einer – an sich gewiss begrüßenswerten – Entscheidung der UN-Vollversammlung vom 28. Juli 2010 zeigen: an jenem Tag, einem Mittwoch, hatte nämlich das Plenum der Vereinten Nationen auf Antrag Boliviens einmütig (das heißt: ohne eine Gegenstimme, aber bei 41 Enthaltungen) entschieden, das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser in den seit 1948 verbrieften Katalog der Menschenrechte neu aufzunehmen. Diese Entscheidung weist in einer Zeit, in der, grob geschätzt, rund 900 Millionen Menschen über einen solchen Zugang *eben nicht* verfügen (und die Zahl der derart Benachteiligten wächst jeden Tag weiter an!) ohne Zweifel in die richtige Richtung; sie bleibt aber zunächst ohne unmittelbare Konsequenzen, da der am Zugang zu sauberem Wasser gehinderte Mensch bislang eben kein Völkerrechtssubjekt ist und aus seinem abstrakten Menschenrecht auf sauberes Wasser deshalb keinen konkreten, soll heißen: alltagspraktisch wirksamen Rechtsanspruch ableiten kann, nun auch wirklich mit sauberem Wasser versorgt zu werden.

Das Grundprinzip eines diesen eklatanten Mangel beseitigenden Weltbürgerrechtes wäre also, abermals mit Hannah Arendt gesprochen, das Recht, Rechte zu haben, zum Beispiel jenes Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser – und zwar auch (oder gerade) angesichts der ökologischen Bedrohung.

Für Weltbürgertum gibt es heute viele praktische Möglichkeiten – etwa das Bemühen um fairen Handel oder international ausgerichtete medizinische Hilfseinsätze. Orientieren wir uns also am Beispiel nicht

nur der von mir heute erwähnten, sondern auch aller anderen weltbürgerlich denkenden und handelnden Menschen – treten wir für entsprechende Rechte aller Bürger und Bürgerinnen dieser Welt ein, denn nur so, und nicht durch Waffengewalt, wird sich auf Dauer der Frieden sichern lassen.

Autor: Dr. Till Bastian, Am Friedhag 7, 88316 Isny